Wirtschaft

GESAGT

„Handelskriege sind nichts Gutes, und sie sind schwer zu gewinnen."
Cecilia Malmström, EU-Handelskommissarin

ZAHL DES TAGES

3000
Autos des Tesla-Hoffnungsträgers Model 3 stehen überraschend noch auf Halde. Die Tesla-Aktie gibt nach.

INTERVIEW ANDREAS MUNDT

„Facebook beherrscht den Markt"

Der Chef des Kartellamts sagt den Online-Giganten den Kampf an und fordert Wettbewerb beim 5G-Netz.

Herr Mundt, Sie haben in 2018 für rund 380 Millionen Euro Bußgelder wegen heimlicher Kartelle verhängt, mehr als fünfmal so viel wie 2017. Und eingenommen haben Sie 460 Millionen Euro. Was läuft besser?

MUNDT Wir verfolgen Kartellvergehen grundsätzlich streng. Die Höhe der Einnahmen für den Bundeshaushalt hat natürlich auch mit zeitlichen Zufällen zu tun. Hinsichtlich der neuen Verfahren ist es sehr wichtig, dass die sogenannte Wurstlücke geschlossen wurde: Tönnies und andere Unternehmen waren ja einer Buße entgangen, weil sie durch Umstrukturierungen ihrer Unternehmen eine Gesetzeslücke ausnutzen konnten. Seit Juni 2017 ist diese Lücke geschlossen.

Bleibt die Kronzeugenregelung der entscheidende Hebel, um Kartelle zu knacken, weil sie Unternehmen straffrei stellt, die von sich aus auspacken?

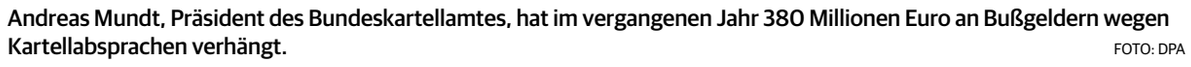
MUNDT Wir hatten auch 2018 wieder 19 Kronzeugenanträge. Das sind eine ganze Menge neue Hinweise auf Kartelle. Dennoch sind es weniger Anträge als in den Vorjahren. Wir sehen, dass das Thema Compliance ernster genommen wird. Immer mehr Unternehmen beugen vor und möchten Kartelle erst gar nicht entstehen lassen. Außerdem relativiert sich der Vorteil als Kronzeuge auszusagen ein Stück weit dadurch, dass auch diese Firmen von privaten Schadenersatzklagen betroffen sein können.

Das bedeutet?

MUNDT Beim Zuckerkartell wurde auf mehr als 600 Millionen Euro Schadenersatz geklagt, beim LkW-Kartell auf mehr als 1,2 Milliarden Euro. Einerseits begrüßen wir diese Entwicklung - die privatrechtliche Kartellverfolgung ist eine zweite wichtige Säule zur Bekämpfung von Kartellen. Andererseits sind Kronzeugen wichtig, um Kartellen überhaupt auf die Spur zu kommen. Das ist eine schwierige Balance.

Also brauchen Sie auch andere Methoden?

MUNDT Tipps von aufmerksamen Kunden oder Mitarbeitern haben genauso wie Eingänge über unser anonymes IT-gestütztes Hinweisgebersystem bereits viele wichtige Verfahren ausgelöst. Wir können mit Hilfe von Datenanalyse und geeigneter Software Kartelle aufspüren. So können wir bei öffentlichen Ausschreibungen anhand gewisser Muster erkennen, ob Unternehmen ihre Angebote vielleicht heimlich absprechen.



Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamtes, hat im vergangenen Jahr 380 Millionen Euro an Bußgeldern wegen Kartellabsprachen verhängt. FOTO: DPA

Im Frühjahr werden die Lizenzen für das Mobilfunknetz 5G vergeben. Sie wollten, dass neben Telekom, Vodafone und Telefonica auch neue Betreiber eine Chance erhalten. Dennoch werden die Netzbetreiber nicht verpflichtet, Newcomern ihr Netz als „Roaming" zu vermieten.

MUNDT Die Bundesnetzagentur hat unter den gegebenen Umständen einen guten Vorschlag für die Vergabelizenzen gemacht. Die nationalen Netzbetreiber werden verpflichtet sein, mit anderen Anbietern fair über einen diskriminierungsfreien Netzzugang zu verhandeln. Die Netzagentur wird als Schiedsrichter agieren. Das wird nicht einfach und ist mit einer gewissen Rechtsunsicherheit verbunden. Entscheidend ist, wie das in der Praxis umgesetzt wird.

Telekom und Vodafone meinen, zu viel Wettbewerb würde ihnen Mittel nehmen, um bei 5G zu investieren.

MUNDT Gemeinhin belebt Wettbewerb das Geschäft und damit auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Beim aktuellen Mobilfunkstandard LTE liegen wir bei der Netzabdeckung nur auf Platz 26 der 31 Länder des Europäischen Wirtschaftsraumes. Trotzdem zahlen die Verbraucher verhältnismäßig viel - die Preise für intensive Datennutzung sind die neunt-höchsten der 35 OECD-Staaten. In dieser Kombination sind das Indikatoren für einen Mangel an Wettbewerb.

Was macht das schon lange laufende Verfahren gegen Facebook`?

MUNDT Wir werden Anfang 2019 eine Entscheidung zu Facebook verkünden. Wir meinen, dass Facebook den relevanten Markt beherrscht. Wir prüfen, ob das Unternehmen den Kunden unangemessene Geschäftsbedingungen aufzwingt, und durch die Art und Weise, wie Daten gesammelt und genutzt werden, seine Marktmacht zu Lasten der Kunden missbraucht.

INFO

Der Wächter über den Wettbewerb

Das Amt Das Bundeskartellamt hat rund 345 Mitarbeiter. Es sitzt in Bonn.

Der Chef Andreas Mundt (58) studierte Jura und leitet das Kartellamt seit 2009.

Kann ein Markt durch das Kartellamt reguliert werden, in dem Nutzer das Produkt kostenlos erhalten?

MUNDT Facebook ist keine gemeinnützige Veranstaltung, die Kunden zahlen mit ihren Daten und sie zahlen mit Aufmerksamkeit für Werbung und Anzeigen. Wenn die Daten der Nutzer nun stärker genutzt und erhoben werden, als vielen Bürgern bewusst ist, kann man dies als Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung bewerten.

Was machen Sie, wenn Facebook Auflagen ignoriert?

MUNDT Selbstverständlich könnten wir unsere Entscheidungen auch durchsetzen, wenn sie ein Unternehmen nicht umsetzen sollte.

In einer Studie kritisieren Sie das intransparente Angebot vieler Vergleichsportale, aber abmahnen können Sie diese nicht. Und nun?

MUNDT Seit 2017 können wir Untersuchungen durchführen, wenn bestimmte Verstöße gegen Verbraucherrechte naheliegen. Diese neue Zuständigkeit haben wir postwendend zur Aufklärung über dieses wichtige Thema genutzt. Vergleichsportale sind ein extrem nützliches Instrument. Die Verbraucher sollten aber auch ganz genau wissen, wie die Suchergebnisse tatsächlich zu Stande kommen. Wir würden also gerne Vergleichsportalen zur Pflicht machen, dass sie offenlegen, welche Versicherungen oder Reiseanbieter bei einem Vergleich nicht enthalten sind. Die Verbraucher müssten auch erfahren, dass eine besonders prominente Platzierung von Angeboten am Anfang einer Tabelle in vielen Fällen an einer entsprechenden Provision hängt. Es ist richtig, dass wir weitergehende Kompetenzen für das Bundeskartellamt für sinnvoll erachten. Dann könnten wir das auch durchsetzen, was wir bislang nur vorschlagen können.

Welches Ziel hat die Untersuchung gegen Amazon?

MUNDT Es geht um das Geschäftsverhältnis zwischen dem Amazon Marktplatz und vielen kleineren Händlern die den Marktplatz nutzen, um ihre Produkte online zu verkaufen. Wir prüfen, ob Amazon hier marktbeherrschend ist und der Marktplatz für die Händler unverzichtbar ist. Uns haben zahlreiche Beschwerden erreicht, die unterschiedliche Klauseln und Verhaltensweisen von Amazon betreffen, da geht es um Kündigungsrechte, die Sperrung von Händlern, Haftungsregeln, die Frage, welches Gericht im Konfliktfall zuständig wäre und vieles mehr. Wir prüfen jetzt, ob hier Missbrauch von Marktmacht vorliegt.

Auch die EU ermittelt gegen Amazon.

MUNDT Unser Verfahren und die Prüfungen der EU ergänzen sich bestens. Die EU prüft, ob Amazon Daten zum Nachteil kleinerer Händler unfair auswertet, wir untersuchen die Geschäftspraxis und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Als gleichzeitiger Marktführer im E-Commerce sowie Gatekeeper zwischen zig Millionen Kunden und vielen Tausend Geschäftskunden muss sich Amazon gefallen lassen, genau unter die Lupe genommen zu werden.

REINHARD KOWALEWSKY FÜHRTE DAS GESPRÄCH.

LUFTREINHALTUNG

Ab jetzt sind Diesel in Stuttgart verboten

STUTTGART (dpa) Das bundesweit erste großflächige Diesel-Fahrverbot zur Luftreinhaltung gilt seit Jahresbeginn in Stuttgart. Diesel der Abgasnorm 4 und schlechter dürfen dort nicht mehr in die Umweltzone fahren. Für Anwohner gilt eine Übergangsfrist bis zum 1. April. Es gibt Ausnahmen, etwa für Handwerker. Stadt und Polizei planen vorerst keine gezielten Kontrollen. Bis Ende Januar soll es bei zufällig auffalenden Verstößen nur Ermahnungen geben. Später wird ein Bußgeld von 80 Euro plus Gebühren und Auslagen fällig. Baden-Württemberg hatte vergeblich versucht, die Fahrverbote vor Gericht abzuwenden. Von den jetzt geltenden Einschränkungen sind laut Stadt 72.000 Autos in Stuttgart und dem Umland betroffen. Später könnten weitere Fahrverbote für Diesel der Euronorm 5 hinzukommen.

HAUSHALTSSTREIT

Italien will Einfluss der EU zurückdrängen

ROM (rtr) Italiens stellvertretender Ministerpräsident Matteo Salvini will den Einfluss der EU auf die Finanzen ihrer Mitgliedsländer zurückdrängen. Nach der Einigung im Schuldenstreit mit der EU-Kommission sagte Salvini der Zeitung „Corriere della Sera": „Ich hoffe, das wird der letzte Haushalt sein, der nach langen und komplizierten Verhandlungen mit Brüssel verabschiedet wurde". Italiens Regierung hatte ihren überarbeiteten Haushaltsplan für 2019 nach Weihnachten per Vertrauensfrage durch das Parlament gebracht. Die EU-Kommission und Italien hatten nach wochenlangem Gezerre vereinbart, dass Rom die Neuverschuldung von bislang geplanten 2,4 auf 2,04 Prozent der Wirtschaftsleistung reduziert.

STRAFZÖLLE

China und USA nähern sich im Handelsstreit an

PEKING (rtr) Im Handelskonflikt mit den USA setzt China auf eine baldige Lösung. Präsident Xi Jinping beschwor in einer Botschaft an Donald Trump die Vorzüge einer Zusammenarbeit. Die Geschichte habe gezeigt, dass Kooperation für beide am besten sei, hieß es in der Erklärung. Xi habe sie anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und seinem Land übermittelt. Trump hatte sich nach einem Telefonat mit Xi optimistisch geäußert. Es seien „große Fortschritte" erzielt worden.

Steuerfreibeträge oft veraltet

Die Liberalen beklagen, dass viele Freibeträge nicht angepasst werden.

BERLIN (mar/qua) Rund 7,7 Millionen Steuerzahler werden nach Schätzung des Bundesfinanzministeriums durch den Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf eines Kindes um jährlich insgesamt 2,74 Milliarden Euro entlastet. Das geht aus der Antwort des Ministeriums auf eine kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervor, die unserer Redaktion vorliegt. Demnach würde eine Anhebung des Steuerfreibetrags von derzeit 1320 Euro um 30 Prozent zu Steuermindereinnahmen von 1,7 Milliarden Euro pro Jahr führen. Eine Anhebung des Freibetrags um 50 Prozent kostete den Fiskus drei Milliarden und um 100 Prozent 6,8 Milliarden Euro, so das Finanzministerium.

An eine Anhebung des zuletzt 2010 erhöhten Freibetrags denke die Regierung jedoch nicht, heißt es in der Antwort. „Dabei steigen die Betreuungs- und Ausbildungskosten für Kinder stetig an, doch die steuerliche Abzugsfähigkeit bleibt seit Jahren konstant", kritisierte FDP-Finanzpolitiker Frank Schäffler. „Eine regelmäßige Anpassung wäre daher dringend notwendig."

Auch für keinen anderen Freibetrag zur Einkommensteuer plant die Regierung derzeit Anpassungen.

„Bei der Entlastung der Bürger versagt die Bundesregierung"
Frank Schäffler
FDP-Finanzexperte

Freibeträge wie etwa für eine Mitarbeiterbeteiligung, für die Land- und Forstwirtschaft, Betriebsveräußerungen, für Alleinerziehende, Ehrenamt oder Sachprämien des Arbeitgebers blieben unverändert, obwohl sie teilweise seit 15 Jahren nicht mehr angepasst wurden. „Bei der Entlastung der Bürger versagt die Bundesregierung auch im Kleinen", kritisierte Schäffler.

Entlastung, insbesondere für Familien, wird es allerdings durch höhere Kinderfreibeträge und höheres Kindergeld zum 1. Juli 2019 geben. Zunächst steigt das Kindergeld für das erste und zweite Kind um jeweils zehn Euro auf 204 Euro. Für das dritte Kind gibt es künftig 210 und ab dem vierten Kind jeweils 235 Euro pro Monat. Der Freibetrag wird zugleich für jedes Elternteil auf 2490 Euro erhöht, was dem Jahresbetrag der Kindergelderhöhung entspricht. 2020 soll der steuerliche Kinderfreibetrag noch einmal auf dann 2586 Euro (insgesamt 5172 Euro) steigen. Auch der Grundfreibetrag für Erwachsene wird angehoben: in diesem Jahr steigt er von derzeit 9000 auf 9168 und im Jahr 2020 noch einmal auf dann 9408 Euro.

Barmer: Mehr Geld in die Städte

Kassen-Chef Straub fordert eine Umverteilung: Es gehe zu viel Geld aufs Land.

VON ANTJE HÖNING

DÜSSELDORF Die größte Baustelle der Gesundheitspolitik ist 2019 die Reform des Finanzausgleichs zwischen den Krankenkassen. Die Barmer GEK (9,2 Millionen Versicherte) fordert nun mehr Geld für Versicherte in der Stadt. „Weil es in den Städten mehr Ärzte, Therapeuten und Kliniken gibt, entstehen dort pro Kopf mehr Kosten als auf dem Land. Das Finanzierungssystem nimmt darauf jedoch nicht Rücksicht, sodass bundesweit agierende Kassen im Schnitt zu wenig und regional aufgestellte Kassen zu viel Geld aus dem Gesundheitsfonds erhalten", sagte Barmer-Chef Christoph Straub unserer Redaktion. „Es geht also zu viel Geld in die ländlichen Regionen und zu wenig in die Metropolen."

Er fordert: „Der neue Finanzausgleich muss mehr Geld für Versicherte in den Metropolen bereitstellen. Dafür braucht es die Einführung einer Regionalkomponente." Zugleich müsse der Katalog der extra bezahlten Krankheiten ausgeweitet werden. „Wir müssen mehr als bisher 80 Krankheiten differenziert und hierarchisiert in den Katalog der besonders zu vergütenden Leistungen aufnehmen. Insgesamt werden nur so Kassen nicht bestraft, die besonders viele Kranke in Metropolen versichern." Das sieht die Techniker Kasse anders. Sie fordert, Volkskrankheiten wie Adipositas aus dem Katalog herauszunehmen. Der verführe zu Missbrauch, weil Ärzte Krankheiten, die neu im Katalog sind, häufiger diagnostizieren. Auch Straub betont: „Vor der Reform des Finanzausgleichs kommt es richtigerweise nun endlich zur Einführung von Kodier-Richtlinien, damit Ärzte ihre Diagnosen einheitlich und vollständig kodieren."

Im Zusammenhang mit Kodier-Fehlern ermittelt die Justiz gegen die AOK Rheinland, Techniker und Barmer. Hat die Barmer Ärzte angehalten, falsch zu kodieren, um mehr Geld aus dem System zu bekommen? „Diesen Vorwurf weisen wir von uns", sagt Straub. Zugleich betont er: „Wir haben auch nach Einsicht in die Akten der Behörden keinen Hinweis darauf, dass Barmer-Mitarbeiter sich unrechtmäßig verhalten haben."

Zugleich begrüßt er, dass der Gesundheitsminister reiche Kassen zwingen will, ihr Vermögen auf das Einfache einer Monatsausgabe zu senken. „Unsere Rücklage liegt bei 1,3 Milliarden Euro und entspricht recht genau einer halben Monatsausgabe. Wir wären also gar nicht betroffen, halten die Idee von Minister Spahn aber für gut." Es könne nicht sein, dass die Vermögen der Kassen so stark auseinandergehen.